

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,  
Dennis Thering, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Die Hängepartie muss ein Ende haben: Nachqualifizierung für Psychologiestudierende an der UHH zum WS 2021/2022 ermöglichen**

Die Nachqualifizierungsmöglichkeit der Psychologiestudierenden an der UHH beschäftigt die Hamburger Wissenschaftslandschaft sowie die Bürgerschaft bereits seit einem Jahr. Die CDU-Fraktion hat hierzu mehrfach Parlamentarische Anfragen und Anträge eingebracht (vergleiche Drs. 22/1161, 22/1434, 22/3849 und 22/4524), um eine Nachqualifizierung für Hamburgs Psychologiestudierende zu ermöglichen und zu verhindern, dass etliche Betroffene vom Berufsziel Psychotherapeutin/Psychotherapeut ausgeschlossen werden.

Der rot-grüne Senat berichtet in der Drs. 22/5272 vom Umsetzungsstand der Reform des Psychologiestudiums sowie einer Möglichkeit der Nachqualifizierung. Darin wird ein entsprechendes Nachqualifizierungsmodell skizziert. Laut Einschätzung des Senats müsse dieses in den Details noch näher ausgeformt werden. Laut Universität Hamburg (UHH) scheitert die Umsetzung der Nachqualifizierung insbesondere an Finanzierungsfragen. Da diese bis Mitte Juli noch nicht geklärt waren, kann die Nachqualifizierung zum Wintersemester 2021/2022 nicht angeboten werden (vergleiche <https://www.pb.uni-hamburg.de/ueber-die-fakultaet/aktuelles/2021/nachqualifikation.html>). Da der Senat ein detaillierteres Nachqualifizierungsmodell wünscht, sollten offene Organisationsfragen schnellstmöglich geklärt werden. Daher sollte der Senat genau formulieren, welche Informationen er benötigt, und dies in Gesprächen mit der UHH schnellstmöglich klären.

Bund und Länder haben sich gemeinsam auf die Reformierung der Psychotherapieausbildung verständigt. Dabei wussten die Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg, dass die UHH im Bereich Psychologie ein Teilzeitstudium ermöglicht. Dies wird gezielt für Personen angeboten, die ihr Studium unter erschwerten Bedingungen absolvieren. Aufgrund der Möglichkeit des Teilzeitstudiums haben sich diese in vielen Fällen erst für die UHH als Studienort entschieden: Eltern, chronisch Beeinträchtigte, Pflegende und Personen, die ihr Studium durch eigene Erwerbstätigkeit finanzieren müssen. Sie können das Studium und auch die Therapieausbildung aufgrund ihrer Lebensumstände nicht in Vollzeit absolvieren und brauchen für beides meist erheblich länger als die Regelstudien- beziehungsweise Ausbildungszeit. Dementsprechend ist Rot-Grün gefordert, hier gemeinsam mit der UHH schnellstmöglich eine Lösung zu finden, damit auch diese Studierenden weiterhin das angestrebte Berufsziel Psychotherapeutin/Psychotherapeut realisieren können.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die UHH mit den notwendigen Mitteln für die Finanzierung eines Nachqualifizierungsangebotes auszustatten, sodass dieses den Psychologiestudierenden zum Wintersemester 2021/2022 angeboten werden kann;

2. sollte dies aus organisatorischen und/oder personellen Gründen nicht mehr möglich sein, sollen die finanziellen Ressourcen für die schnellstmögliche Bereitstellung eines Nachqualifizierungsangebots auf Basis eines mit der UHH vereinbarten, verbindlichen Zeitplans bereitgestellt werden, dabei sind auch offene organisatorische Fragen gegenüber der UHH schnellstmöglich exakt zu definieren und in gemeinsamen Gesprächen vollumfänglich zu klären;
3. der Bürgerschaft bis zum 15. Oktober 2021 zu berichten.